

Kommentar



Unerwünschte Nebenwirkungen

Wer übers Land fährt, dem kann kaum entgehen, was dort in den vergangenen anderthalb Jahren zum Renner geworden ist: Überall glänzen von den Dächern Solaranlagen. Bauherren erwarten sich vom Sonnenstrom nicht zu unterschätzende Zusatzeinnahmen. Für die Landwirte gilt das erst recht: Viele Ställe und große Maschinenhallen sind mit Photovoltaik-Technik statt bloßer Dachpfannen bedeckt, und auf etlichen Äckern sprießen statt Gerste oder Mais ebenfalls großflächig Solarpaneele. Der Hintergrund ist klar: Der Staat fördert den Bau von Solaranlagen massiv. Deshalb lohnt er sich für die privaten Investoren.

In der Stadt gibt es keine Äcker und kaum Landwirte. Dafür gibt es in München einen kommunalen Großinvestor, der nun bei der Wärmeversorgung im Prinzip das Gleiche tut wie die Privatleute auf dem Land. Die Stadtwerke bauen ihr Fernwärmenetz aus, weil der Staat das fördert. Das zeigt, dass in der SWM-Zentrale kühle Rechner arbeiten, die tun, was wirtschaftlich sinnvoll ist für das Unternehmen. Zumal die Nachfrage nach Fernwärmeanschlüssen seitens Immobilienbesitzern und Bauträgern hoch ist, wie die Stadtwerke beteuern.

Es zeigt aber auch, wie staatliche Förderung unerwünschte Nebenwirkungen mit sich bringen kann. Noch immer bewerben die Werke den Umbau des Dampfnetzes in der Innenstadt auf die effizientere Heißwassertechnik. Dieser Schritt senke den CO₂-Ausstoß „deutlich“, „das ist konkreter Umweltschutz“, heißt es auf der Internetseite. Der findet so nun erst einmal nicht statt. Auch hierfür gibt es eine Parallele auf dem Land. Mitunter entstehen dort auf den Äckern schon mal neue Geräteschuppen, die eigentlich keine Brauch sind. Der Grund: Für Solaranlagen auf einem Dach zahlt der Staat einfach mehr als für solche auf dem Boden.

Michael Tibudd

Stadtwerke bauen Fernwärmenetz aus

Pasing, Laim und am Westkreuz – in diesen Vierteln wollen die Stadtwerke (SWM) ihren groß angelegten Ausbau des Fernwärmenetzes vorantreiben. Auf diese Weise soll eine Verbindung zwischen den Fernwärmeröhren in der Innenstadt zum geplanten Fernwärmenetz im zukünftigen Stadtteil Freiam entstehen. Bis zum Jahr 2020 sollen zudem Gebiete südlich der großen Bahnlinie (Friedenheim) Fernwärmeleitungen erhalten. Das gleiche gilt für Thalkirchen – im Süden der Stadt wird bereits gearbeitet – und Berg am Laim.

Die Stadtwerke wollen auf diese Weise bis 2020 zusätzlich 700 Megawatt Fernwärmeleistung an Kunden liefern. Das entspricht dem Bedarf von 120 000 Wohnungen. Die Investitionen sollen bei 200 Millionen Euro liegen. Wie berichtet, ist der Ausbau eine Konsequenz aus der Förderpolitik des Bundes. Die schwarz-rote Koalition hatte 2008 ein Gesetz verabschiedet, das den Ausbau von Fernwärme mit zehn bis 20 Prozent unterstützt. Die Stadtwerke verzichten deswegen andererseits auf die Modernisierung weiterer Teile des bestehenden Fernwärmenetzes. Ursprünglich wollten sie bis 2020 sämtliche veralteten Dampfleitungen auf die effizientere Heißwassertechnik umrüsten. Der geförderte Ausbau habe „klare Priorität und bindet die Kapazitäten der SWM“, teilte das Unternehmen mit. Deswegen setze man die Umrüstung der alten Dampfrohre bis auf Weiteres aus. (Kommentar) budd

Qimonda startet Ausverkauf des Inventars

Der insolvente Speicherchiphersteller Qimonda startet jetzt auch am Firmensitz in München den Ausverkauf seines Inventars. Von Mittwoch, 18. November, an stünden in einem Shop auf dem Firmengelände Geräte wie Monitore, Drucker, Beamer, Desktops und Notebooks zum Verkauf, sagte ein Sprecher von Insolvenzverwalter Michael Jaffé. Der Erlös der Aktion fließt der Insolvenzmasse zu. Sie richtet sich an gewerbliche Kunden, die mehrere tausend Einzelteile erstehen können. Seit Beginn des Ausverkaufs im Dresdner Werk Ende September sei ein niedriger einstelliger Millionen-Betrag erzielt worden, sagte der Sprecher. Dort soll die Aktion noch bis mindestens Weihnachten weitergehen. In München ist der Inventar-Verkauf zu nächst eintägig am Mittwoch von 11.00 bis 18.00 Uhr geplant. Er könnte aber bei entsprechender Resonanz auch im Wochenrhythmus veranstaltet werden, sagte der Sprecher. Die Infineon-Tochter Qimonda mit einst weltweit rund 12 000 Beschäftigten hatte im Januar nach dramatischem Preisverfall in der Branche und hohen Verlusten im Januar Insolvenzantrag gestellt. dpa



Der Schriftsteller Roberto Saviano hat am Montagabend den Geschwister-Scholl-Preis erhalten und wurde vom Publikum (darunter Kulturreferent Hans-Georg Küppers und Verleger Michael Krüger, von links) gefeiert. Foto: Robert Haas

Gegen die Macht der Mafia

München ehrt den Schriftsteller Roberto Saviano

Von Christina Warta

Der Preisträger ist pünktlich, doch sein Laudator kommt etwas zu spät: In der Großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität wurde der italienische Schriftsteller Roberto Saviano am Montagabend mit dem Geschwister-Scholl-Preis 2009 geehrt. „Nur er fand die Mittel, die Wahrheit so auszusprechen, dass alle erschüttert waren“, sagt Zeit-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo in seiner Laudatio. Der mit 10 000 Euro dotierte Preis wird von der Stadt München und dem bayerischen Landesverband des Börsenvereins des deutschen Buchhandels an Autoren verliehen, deren Werke „von geistiger Unabhängigkeit zeugen und moralischen Mut fördern“.

Die Preisverleihung an den unerschrockenen Schriftsteller gerät zu einer berührenden Demonstration für ein Italien jenseits von Mafia und Berlusconi: Der Andrang ist so groß, dass ein Teil der Gäste stehen muss oder auf den Treppentritten Platz nimmt. Als Roberto Saviano über eine Hintertür den Hörsaal betritt, brandet ihm warmer Applaus entgegen. Der 30-jährige Autor winkt freundlich, fast ein wenig schüchtern in die Menge. Begleitet ist er wie immer von mehreren Leibwächern. Denn seit Saviano 2006 „Gomorra. Reise in das Reich der Camorra“ veröffentlicht hat, muss er mit Morddrohungen und Polizeischutz leben. Er wechselt ständig seine Telefonnummern und seine Wohnungen, er ist pausenlos auf der Flucht. In seinem Best-

seller beschreibt der gebürtige Neapolitaner das weltumspannende Netzwerk der Mafia: das System, die Clans, die Handlanger. Nun hat er ein zweites Buch veröffentlicht: In „Das Gegenteil von Tod“ beschäftigt er sich mit der Ausweglosigkeit junger Menschen in Süditalien. Wer nicht für die Mafia arbeiten wolle, müsse seine Heimat verlassen oder zum Militär gehen. Es gebe keinen Ausweg.

„Die Geschwister Scholl haben den moralischen Maßstab vorgegeben, und er wird von Roberto Saviano in herausragender Weise erfüllt“, sagt Oberbürgermeister Christian Ude. Und Wolf Dieter Eggert, Vorsitzender des Börsenvereins-Landesverbandes, verneigt sich vor dem Mut und der Zivilcourage des Publizisten. „Robert Saviano verpflichtet uns dazu, kritisch auf ein Land zu schauen, das wir alle kennen“, sagt di Lorenzo. „Italien droht, moralisch ein failing state zu werden. Das liegt an der Mafia, aber auch am politischen Personal.“

Roberto Saviano jedenfalls glaubt noch an die Kraft des Wortes. „Wenn ich einen Traum hatte, dann, dass das literarische Wort noch Gewicht und die Macht haben kann, etwas zu ändern“, sagt er in seiner Dankesrede. „Meine schlimmste Angst ist, dass es ihnen gelingt, mich zu diffamieren.“ Die Aufmerksamkeit der Menschen aber rette die gefährlichen Worte und ihre Verfasser. „Dieser Augenblick ist einer der schönsten in meinem Leben“, sagt er. Das Publikum erhebt sich und klatscht – und hört damit minutenlang nicht mehr auf.

Studie zum S-Bahn-Ausbau liefert eindeutiges Ergebnis

Durchbruch für den Tunnel

Nur eine weitere Röhre erfüllt wirtschaftliche Mindestanforderungen – Fertigstellung spätestens 2018

Von Dominik Hutter

Beim Ausbau der Münchner S-Bahn gibt es zur zweiten Röhre keine Alternative mehr: Dieses Fazit zogen Verkehrsminister Martin Zeil (FDP) und Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) aus der Vergleichsstudie Tunnel-Südring, deren Ergebnis am Montag offiziell vorgestellt wurde. Demnach erfüllt lediglich der 1,5 Milliarden Euro teure Tunnel die wirtschaftlichen Mindestanforderungen (SZ berichtete). Der Südring dagegen dürfte mit öffentlichem Geld gar nicht gefördert werden. „Damit müsste unter vernünftigen Leuten die Diskussion beendet sein“, mahnte Ude. Schließlich gehe es nicht „um eine verspielte Frage für leidenschaftliche Modelleisenbahner, sondern um die Zukunftsperspektive fürs Münchner Schnellbahnsystem.“ Die Röhre solle spätestens 2018 in Betrieb gehen.

„Das Ergebnis ist eindeutig zugunsten des Tunnels ausgefallen“, betonte auch Zeil. Der Untersuchung zufolge koste ein S-Bahn-tauglicher Ausbau des Südrings je nach Variante zwischen 1,27 und 1,32 Milliarden Euro – „mehr als dreimal so viel als bisher von seinen Befürwortern dargestellt“. Das ist zwar rund 15 Prozent billiger als der Tunnel. Dafür seien aber auch die Vorteile für die Fahrgäste deutlich geringer. Die Gutachter haben für den Südring einen Nutzen-Kosten-Faktor von 0,8 ermittelt – was bedeutet, dass von jedem investierten Euro nur 80 Cent in die Volkswirtschaft zurückfließen. Der Tunnel dagegen kommt auf 1,15, liegt also deutlich über dem Mindestwert 1.

Diese Zahlen werden allerdings nur erreicht, wenn zusätzlich zu einem 15-Mi-

nuten-Takt Expresszüge im Halbstundenabstand in die Vororte brausen. Lässt man das Expresssystem weg und fährt dafür mit „normalen“ Zügen im Zehn-Minuten-Takt, fallen sowohl Tunnel (Wert 0,76) als auch Südring (0,64) durch.

Zwar ermöglicht der Südring der Untersuchung zufolge eine verbesserte Verkehrserschließung der südlichen Stadtgebiete. Dem stehen aber eine vergleichsweise geringe Entlastung der bestehenden Stammstrecke und ein längerer Weg zu den „zentralen Aufkommensschwerpunkten“ gegenüber, also Hauptbahnhof und Marienplatz. Anders als beim zwei-

ten Tunnel müssten die Fahrgäste umsteigen, um die Innenstadt zu erreichen. Zudem seien die bisherigen Überlegungen zum Südring bei weitem nicht so ausge-reift, wie von seinen Befürwortern immer wieder behauptet wurde. Dem Papier zufolge könnten frühestens im Jahr 2023 S-Bahnen über den Südring fahren – nicht zuletzt, weil man unter „rollendem Rad“ bauen müsste. Beim Tunnel sei die Zielmarke 2018 erreichbar.

Zeil und Ude sagten zu, die Planungen für die zweite Röhre nun „mit Hochdruck“ voranzutreiben. Der eng gesteckte Zeitplan lasse nun keine Verzögerun-

gen mehr zu. Bisher liegt lediglich für den mittleren Abschnitt des Bauwerks, auf Höhe Marienplatz, eine Baugenehmigung vor. Gegen diesen Bescheid liegen allerdings nach Auskunft des Eisenbahn-Bundesamts (EBA) Klagen vor, die teilweise aufschiebende Wirkung hätten. Den Planfeststellungsbeschluss für den westlichen Abschnitt erwartet das EBA 2011, beim östlichen wurden noch nicht einmal die Unterlagen eingereicht. Im Ministerium wird darüber nachgedacht, mit dem Bau schon vor Abschluss des gesamten Verfahrens zu beginnen. Die Vorarbeiten könnten frühestens 2010 losgehen.

„Wer weiter auf den Südring setzt, läuft Gefahr, am Ende gar nichts zu bekommen“, warnte Zeil mit Blick auf die große Fraktion der Tunnelgegner. Auch Münchens SPD-Chef Hans-Ulrich Pfaffmann forderte CSU, FDP und Grüne auf, ihren Widerstand einzustellen. Nach Meinung von SPD-Rathausfraktionschef Alexander Reissl müsse nun auch „den hartgesottesten Tunnelgegnern“ klar sein, dass sie verloren haben.

„Der Verdacht, dass der Südring mit Tricks künstlich teuer gerechnet wurde, steht im Raum“, erklärte dagegen Grünen-Stadträtin Sabine Nallinger. Die Kostenschätzung der Gutachter, da ist sich die Politikerin mit Bund Naturschutz und dem Fahrgastverband „Pro Bahn“ einig, würden einige Fragen aufwerfen. So stünden wohl für Grundstückskäufe überhöhte Summen im Raum. Auch die Landtagsabgeordneten Martin Runge (Grüne) und Markus Blume (CSU) meldeten Bedenken an. Es sei aber noch zu früh, um ein abschließendes Urteil über die Studie abzugeben.



Klarer Sieger der Studie: Die überlastete S-Bahn-Stammstrecke soll einen weiteren Tunnel bekommen, der Südring scheidet als Alternative aus. Getty Images

Nicht legal, aber notwendig

Gerichtsurteil: Häusliche Pflege durch Osteuropäer ist Ordnungswidrigkeit – politische Lösung gesucht

Der Richterspruch kommt unscheinbar daher, als Beschluss in einem Verfahren wegen Ordnungswidrigkeit. Eine Lappalie? Was das Oberlandesgericht Bamberg jetzt verkündete, könnte weitreichende Folgen für Tausende Familien haben, ja, für das gesamte System der Pflege: Es ist illegal, Osteuropäer im eigenen Haushalt als selbständige Pflegekräfte zu engagieren. Das OLG bestätigt damit ein Urteil des Amtsgerichts München vom November 2008. Die Entscheidung ist die erste dieser Art bundesweit, und sie wirft ein bezeichnendes Licht auf ungeklärte soziale Fragen: Wie kann ich einen Angehörigen zu Hause pflegen lassen, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen? Und wie soll ich eine legale Pflege bezahlen? Die Politik hat darauf noch keine praktikable Antwort gefunden.

In dem aktuellen Fall geht es um einen Münchner Anwalt, der in großem Stil ungarische Pfleger an deutsche Haushalte vermittelt hatte. Die Frauen und Männer, die rund 1200 Euro monatlich erhielten und dafür häufig 24 Stunden Bereitschaft hatten, waren formal als Selbständige gemeldet. Doch die Gerichte sehen darin eine Scheinselbständigkeit, die nötigen Kriterien einer Selbständigkeit seien nicht erfüllt. Statt dessen seien die Kräfte, die in der Regel in dem Haushalt auch wohnen, persönlich abhängig von ihrem Auftraggeber und weisungsgebunden, es fehle eine be-

triebliche Ausstattung und das Unternehmerrisiko. Mit der Vermittlung solcher Scheinselbständiger beging der Anwalt eine Ordnungswidrigkeit, das Bußgeld beträgt knapp 37 000 Euro.

Sein Verteidiger Michael Fröschl prüft eine Verfassungsbeschwerde gegen den OLG-Beschluss. Zahlreiche Pfleger und Familien mussten bereits Bußgelder bezahlen, wenn auch in geringerer Höhe. Sie hatten das Pech, an einen



Osteuropäer als Pflegekräfte im eigenen Haushalt zu engagieren ist laut Gericht illegal. Foto: AP

professionellen Vermittler geraten zu sein, den die Schwarzarbeitsfahnder stoppen wollten. Die Frage ist nun, welche politischen und juristischen Auswirkungen der Bamberger Beschluss hat. Fachleute schätzen die Zahl jener Osteuropäer, die in Deutschland illegal in der häuslichen Pflege arbeiten, auf rund 150 000. Ohne sie würde die Versorgung Kranker zu Hause zusammenbrechen; geschätzt lassen sich drei von vier Menschen daheim pflegen. Deutsche Pfleger können sich nur die wenigsten leisten, für eine 24-Stunden-Versorgung wären rund 8000 Euro im Monat fällig.

Verteidiger Fröschl betont, dass es sich bei den Richtersprüchen aus München und Bamberg um Einzelfallentscheidungen handle. Daraus könne man nicht folgern, dass jede selbständige Pflege Tätigkeit eines Osteuropäers illegal sei. „Der Rechtssicherheit und -klarheit ist damit freilich nicht Genüge getan.“ Die im Münchner Fall aufgedeckte Praxis dürfte freilich weit verbreitet sein. Eine ungelernete ausländische Pflegekraft arbeitet wie ein Angestellter. Dies würde für einen Signalcharakter der Bamberger Entscheidung sprechen: illegal und verboten!

Claus Füssek aber, prominenter Pflegekritiker, erwartet nicht, dass durch das Urteil ein wirklicher politischer Prozess in Gang kommt: „Die Diskussion verläuft so träge, und der Tenor ist nach wie vor: nicht daran rühren, Augen zu

und durch.“ Die illegalen Beschäftigungsverhältnisse in der häuslichen Pflege sind längst bekannt, die Behörden bezeichnen sie in der Regel auch als Scheinselbständigkeit, doch weder Politik noch Ermittler gehen konsequent dagegen vor. Es fehlt die Alternative für Familien in solch einer Notsituation. Und so wundert es nicht, dass auch der Münchner Zoll, dessen Schwarzarbeitsfahnder das Münchner Verfahren 2006 ins Rollen brachten, nicht Wohnzimmer nach illegalen durchkämmen will. Füssek fasst die Situation so zusammen: „Das System ist illegal, aber es funktioniert. Jeder arrangiert sich irgendwie.“

Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) will keinen Grundsatzerklärung im OLG-Spruch erkennen, bestätige der doch nur die Ansicht der Behörden. Laut Berliner Koalitionsvertrag komme das Thema auf die politische Tagesordnung. Für Familien, so die Ministerin auf SZ-Anfrage, gebe es auch einen legalen Weg: den über die Bundesagentur. Allein, eine so engagierte Haushaltshilfe darf zwar putzen und kochen, dem Kranken aber nicht helfen. Hier will Joachim Unterländer, sozialpolitischer Sprecher der Landtags-CSU, ansetzen: Diese Einschränkung, die in der Praxis nicht überwacht wird, wolle die CSU lockern, eine bundespolitische Initiative sei gestartet. Einfache Pflegetätigkeiten sollen dann erlaubt sein. Bernd Kastner

Weißtanne statt Ekelfichte

Christbaum am Marienplatz kommt heuer aus Samerberg

26 Meter ist er hoch und fast fünf Tonnen schwer, der diesjährige Christbaum am Marienplatz – eine Weißtanne aus der oberbayerischen Gemeinde Samerberg. Noch bevor Tourismusdirektorin Gabriele Weishäupl am Montag ihr offizielles Grußwort sprach, blieben Passanten neugierig stehen, um den Baum vor dem Rathaus zu begutachten: „Der hat dickere Zweige und sieht nicht so krank aus wie sonst“, befindet eine vorbeieilende Diplompädagogin.

Auch einer 88-jährigen Münchnerin gefällt die Tanne besser als die Fichte aus dem letzten Jahr – „die war ja sehr schlimm.“ Über den guten Zustand des 80 Jahre alten Baumes, der einen geraden Stamm und dicke Äste hat, freut sich auch Barthel Mayer. Der Samerberger Landwirt hat beim Fällen geholfen und berichtet, dass kein einziger Ast abgebrochen sei. Eine Herausforderung war dann noch der Transport – Weishäupl erinnert sich an so manchen Unfall, der sich dabei schon ereignet hat. Nicht so in diesem Jahr: Fünf Feuerwehrmänner verankerten den Christbaum mit Hilfe eines Krans unversehrt in seiner zwei Meter tiefen Halterung. Dem Start des Christkindlmarkts am 27. November steht nun nichts mehr im Wege. Nur an der Hinterseite des Baumes, da entdeckte eine kritische Münchnerin eine dünnere Stelle – „aber das werden die Lichter schon richten.“ joc



Der Christbaum auf dem Marienplatz kommt aus Samerberg. Foto: Hess

HEUTE

MÜNCHEN

Der Sinn des Aufstands

Drei Studentenvertreter streiten über die Proteste an der Uni. Seite 38

MÜNCHEN

Der Prinz von Sendling

Ein Orakel hat Claude Mukadi zum Thronfolger in Benin bestimmt. Seite 39

MÜNCHNER KULTUR

Heikle tiefe Kantilenen

Georg Hörtnagel über den Bass im „Follenquintett“. Seite 41

jetzt.muenchen Service

Seite 40 Seite 42